Presseschau vom 28.04.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.
Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform) und andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.
Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Nachtrag vom Wochenende:

Novorosinform.org: Berlin entschuldigte sich bei den russischen Veteranen dafür, dass sie nicht in den Reichstag gelassen wurden
Das Außenministerium Russlands hat die Situation um die Delegation des Rates der Veteranen der Streitkräfte der Russischen Föderation aufgeklärt, die kurz vor dem 9. Mai daran gehindert wurden, den Reichstag zu besuchen. Wie es in der Mitteilung des Amtes heißt, war es "das rein technische Missverständnis".
"Noch im Stadium der Durcharbeitung des gegebenen Punktes des Programms des Aufenthaltes der erwähnten Delegation wurde bekannt, dass in diesen Tag umfängliche Exkursionen durch den Reichstag wegen der Plenarsitzungen des Bundestags nicht durchgeführt werden, es war nur die Kurzvariante in Form des Aufstiegs in die Kuppel möglich. Bei der Ankunft der Delegation war jedoch als Ziel des Besuches gerade die Exkursion benannt, deren Durchführung infolge der obengenannten Gründe möglich nicht war", teilt das Außenministerium Russlands mit.
Zuvor war außerdem bekannt geworden, dass sich zu jenem Moment, als die Russen nicht ins Gebäude gelassen wurden, sich dort schon Veteranen aus den USA und Großbritannien befanden. Und die Botschaft hatte mit den Behörden den ganzen Zeitplan der Delegation mehrere Monate vor deren Ankunft in Deutschland vereinbart. Aber der Wachschutz des Reichstags hatte von der voraussichtlichen Ankunft des Rates der Veteranen aus irgendeinem Grunde keine Kenntnis.
Außerdem hat ein Augenzeuge des Vorfalls erzählt, dass, kaum waren die Veteranen in den Bus gestiegen, auf dem Platz etwa zwanzig aggressiv eingestellte Migranten aus der Ukraine auftauchten. Sie versuchten, die Aktivisten der gesellschaftlichen Organisationen, darunter auch Deutsche, die Georgsbänder trugen, anzugreifen.

Abends/Nachts:

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Lug-info.com: Die ukrainische Seite hat heute (27.4.) Vertretern der Union der Afghanistanveteranen des Lugansker Gebiets die Leiche eines Kämpfers der Volksmiliz der LVR übergeben, der in der Folge des Beschusses einer humanitären Kolonne des gemeinnützigen Fonds „Novorossia“ getötet wurde, übergeben. Dies berichtete der Leiter der Veteranenorganisation Wiktor Mucha.
Die humanitäre Kolonne fuhr am 23. April in das Gebiet von Schirokino. Nach den Worten Muchas kamen die drei Fahrzeuge vom Weg ab und fuhren gegen 20 Uhr an einen ukrainischen Checkpoint m Dorf Marjino in der Nähe von Wolnowacha, wo sie beschossen wurden. In der Folge wurde ein Mensch getötet, sechs wurde gefangen genommen. Einer der Gefangenen ist wahrscheinlich verwundet.
„Ca. um 20:30 wurde am Checkpoint bei Stschastje die Leiche von Wadim Michajlowitsch Schischow übergeben, der am 5. August 1970 geboren wurde und der während des Beschusses eine der Begleitpersonen der humanitären Mission war. Die Leiche übergaben Vertreter des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte“, teilte Mucha mit.

De.sputniknews.com: Das ukrainische Parlament will ein mit Russland geschlossenes Abkommen über den russischen Militärtransit nach Transnistrien (auf dem Territorium Moldawiens) kippen. Der entsprechende Gesetzentwurf liege bereits der Werchowna Rada zur Diskussion vor, teilte das Parlament in Kiew am Montag auf seiner Website mit.
Urheber des Dokuments sind einige fraktionslose Abgeordnete, darunter Juri Lewtschenko.
Das Begleitschreiben zum Gesetzentwurf wurde noch nicht veröffentlicht. Russische Truppen sind provisorisch auf dem Territorium der von Chisinau abtrünnigen Dnestr-Republik (Transnistrien) stationiert.

Vormittags:

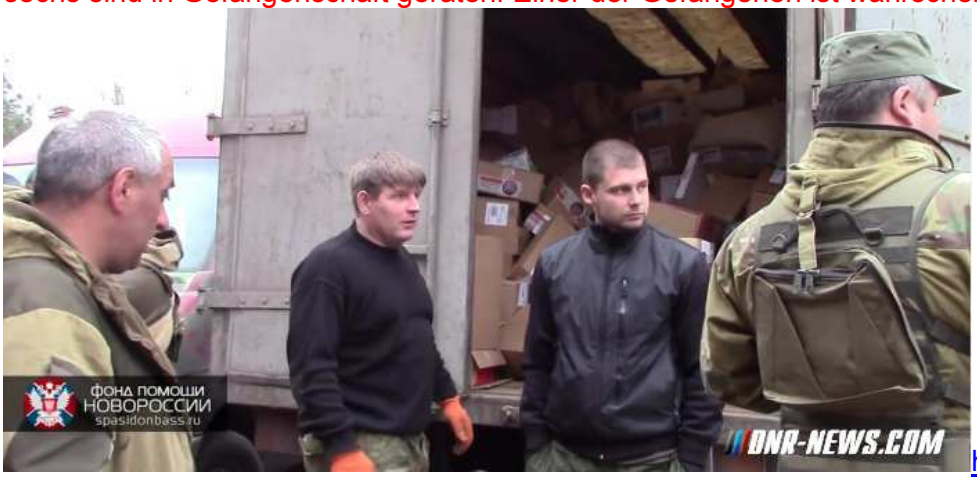
Dan-news.info: Das Zivilschutzministerium Russlands hat heute seinen Kollegen aus dem Zivilschutzministerium der DVR Ausrüstung für den Feuerwehrbereich übergeben.
„Wir haben 100 Reifensets, ca. 5 Akkumulatoren, mehr als 50 Atemgeräte, 100 Paar Gummistefel und vieles andere erhalten“, berichtete der Zivilschutzminister der DVR Alexej Kostrubizkij.
Die gesamte Ausrüstung wurde Vertretern von Rettungsabteilungen von Sneshnoje, Gorlowka, Charzysk, Nowoasowsk und Donezk übergeben.

De.sputniknews.com: Die Europäische Union liefert Waffen an die Ukraine, doch darüber spricht man nicht offen, wie der Vize-Chef des ukrainischen Präsidialamtes, Valeri Tschaly, in der von ICTV übertragenen Fernsehsendung „Redefreiheit“ sagte.
Der Beamte beantwortete damit die Frage, ob von der Europäischen Union und den USA eine Entscheidung über die Aufrüstung der Ukraine zu erwarten sei.
Laut Tschaly wird über die Waffenlieferungen „nicht offen gesprochen“. „Wir können nicht ausführlich darüber berichten, was und aus welchem Land wir erhalten. Über manches wird offen geredet und über anderes aus dem Off gesprochen“, so der Vize-Chef des Präsidialamtes.
Wie der Präsident des europäischen Rates, Donald Tusk, am Montag in Kiew bei dem Ukraine-EU-Gipfel erklärt hatte, hält es die EU – trotz der Erwartungen Kiews — nicht für möglich, eine militärische Mission ins ukrainische Konfliktgebiet zu entsenden. Laut Tusk ist in Europa kein Projekt für eine solche Mission zur Sprache gekommen.

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30210/38/302103841.jpg

Dnr-news.com: Die ukrainische Seite könnte am Mittwoch der LVR die Gefangenen übergeben, die von den Kiewer Militärs in der vorigen Woche beim Beschuss des russischen humanitären Konvois festgesetzt worden sind. Dies berichtete der Stellvertreter des Vorsitzenden des Bündnisses der Veteranen Afghanistans der Luganschtschina Wiktor Mucha.
Dabei merkte er an, dass er nicht davon überzeugt ist, dass die Überstellung der Gefangenen zum vereinbarten Termin stattfinden wird.
"Das sagten sie sowohl schon vorgestern, als auch vor zwei Tagen usw", sagte Mucha.
Die humanitäre Kolonne war am 23. April in den Bezirk Schirokino gefahren. Laut Mucha waren die drei Fahrzeuge auf dem Rückweg vom Wege abgekommen und gegen 20.00 Uhr auf den ukrainischen Checkpoint im Dorf Marino gestoßen, das unweit von Wolnowacha gelegen ist, wo sie unter den Beschuss gerieten. Infolge war ein Mensch getötet worden, sechs sind in Gefangenschaft geraten. Einer der Gefangenen ist wahrscheinlich verletzt.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-04/1430203520_1430149419_screenshot_112.jpg

Gefunden unter http://www.rtf1.de/news.php?id=8495 :
Bundesregierung: Ukrainische Partei "Swoboda" ist nicht "faschistisch oder antisemitisch"
28.04.2015. Die Bundesregierung schätzt die ukrainische Partei "Swoboda" nicht als "faschistisch und antisemitisch" ein und verweist auf entsprechende Aussagen von Vertretern jüdischer Organisationen. Auch aus dem Programm der "Radikalen Partei" lasse

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

sich nicht ableiten, dass diese als rechtsextrem einzustufen wäre, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke.
Die Bundestagsfraktion Die Linke hatte sich in der kleinen Anfrage unter anderem nach der Beteiligung „extrem rechter" Kräfte an der Übergangsregierung nach dem Sturz des Präsidenten Viktor Janukowitsch und nach dem Ablauf der Zusammenstöße rund um die Maidan-Proteste im Februar 2014 erkundigt.
Die Bundesregierung schreibt in diesem Zusammenhang von einem Protestmarsch zum Parlament am 18. Februar 2014, bei dem es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den Ordnungskräften gekommen sei. „Dabei wurde auch die nahe gelegene Parteizentrale der Partei der Regionen mit Brandsätzen angegriffen." Im weiteren Verlauf sei es nach Zurückdrängung der Demonstranten auf den Unabhängigkeitsplatz zu weiteren Gewaltakten gekommen, darunter insbesondere dem Brand im Gewerkschaftshaus und den Schüssen auf Demonstranten in der Instytutska-Straße mit vielen Todesopfern.
Die Untersuchungen der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden zum Schusswaffengebrauch würden noch andauern. Der Grund für die Flucht Janukowitschs „dürfte nach Einschätzung der Bundesregierung vor allem die Angst davor gewesen sein, für die durch die Sicherheitskräfte auf dem Maidan begangenen Verbrechen sowie Korruptionsdelikte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden". Die Umstände, unter denen Janukowitsch in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar 2014 Kiew verließ sowie sein sein Verhalten danach „lassen aus Sicht der Bundesregierung die Entscheidung des ukrainischen Parlaments, er habe sich seinen Amtspflichten entzogen und übe das Amt nicht weiter aus, als berechtigt erscheinen". (hib/AHE)

De.sputniknews.com: Die Regierungen in Warschau, Prag und Berlin haben aus der Tour des russischen Motorradklubs „Nachtwölfe“ zum Gedenken des 70. Jahrestages des Kriegsendes ein politisches Ereignis gemacht und den Bikern damit in die Hände gespielt, schreibt das Online-Magazin Telepolis.
Am Samstag waren die Rocker aus Moskau losgefahren, obgleich die polnische und die tschechische Regierung bereits Einreiseverbote verhängt hatten.
Polen begründete seine Entscheidung damit, dass der Motorradklub keine ausreichenden Informationen über die geplante Reiseroute gegeben hätte.
Allerdings ist die Stimmung in Polen nicht eindeutig gegen die russischen Rocker gerichtet, polnische Rocker haben nichts dagegen und bieten Unterstützung an“, so das Magazin.
Die deutsche Regierung wolle die russischen Biker auch nicht einreisen lassen. Unter dem Vorwand, dass die Fahrt die Sicherheit und Ordnung in Deutschland bedrohen kann, will Berlin die den Bikern bereits erteilten Visa annullieren.
Die Regierungen der Länder, welche die angekündigte Reise von Moskau nach Berlin als Provokation bezeichnet haben, haben unwillkürlich zugunsten der Biker gehandelt, heißt es weiter. „Die Provokation könnte eigentlich darin liegen, dass die Regierungen aus der angekündigten Reise der Rocker ein Politikum machen und diese verbieten.“ Jetzt könne man ihnen vorwerfen, dass sie die Meinungsfreiheit nicht zulassen.
Die „gelenkte Demokratie“, die Russland oft vorgeworfen wird, kann nun für Europa gültig werden, wird in dem Artikel betont. „Dass 20 russische Rocker die Sicherheit Deutschlands gefährden sollten, ist jedenfalls ein blödes Argument, das aber zeigt, wie sehr man in der deutschen Politik wieder im Kalten Krieg angekommen ist“, heißt es abschließend.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat sich an das Zivilschutzministerium Russlands mit der Bitte um Unterstützung bei der der Absicherung der Spezialausrüstung und Technikausstattung des neuen Ingenieurbataillons des Zivilschutzministeriums der DVR gewandt. Dies teilte der Zivilschutzminister der DVR Alexej Kostrubizkij mit.
„Wir haben nun Listen für den nächsten humanitären Konvoi vorbereitet, der irgendwann im Mai aus der RF kommen soll. Wir haben die Kollegen in Russland um Spezialtechnik,

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Spezialmittel und Spezialkleidung für das Bataillon gebeten, das sich mit der Entminung befasst. Wir hoffen, dass unserer Bitte entsprochen wird“, sagte der Minister.
Er unterstrich, dass das Personal des Zivilschutzministeriums der DVR mehr als 6000 Menschen umfasst und die Ausrüstung der Rettungskräfte mit allem Notwendigen die vorrangige Aufgabe des Ministeriums ist.

De.sputniknews.com: Teilnehmerländer des Zweiten Weltkriegs wissen nichts von Rolle der Roten Armee
Die Mehrheit der französischen und deutschen Befragten, die von der bekannten britischen Agentur ICM Research im Rahmen des Projektes „Sputnik.Meinungen“ befragt wurden, meinen, dass die Schlüsselrolle bei der Befreiung der Länder Europas vom Faschismus den amerikanischen Truppen gehört.
Die Einwohner dieser Länder, 61 Prozent beziehungsweise 52 Prozent erkannten die Handlungen der amerikanischen Armee zur Befreiung des Kontinentes als sehr wichtig an. In Großbritannien sind damit nur 16 Prozent einverstanden. Fast die Hälfte – 46 Prozent der Bewohner Großbritanniens sind überzeugt, dass die Schlüsselrolle in jenen Kämpfen die Armee Großbritanniens gespielt hatte. Insgesamt wurde die Anerkennung der Verdienste der US-Armee zum populärsten Ergebnis — 43 Prozent aller Befragten in Großbritannien, Frankreich und Deutschland sind gerade dieser Ansicht.
Nur 13 Prozent der Befragten wählten aus den fünf angebotenen Antworten (die Armeen Großbritanniens, der UdSSR, der USA, andere oder die Variante „ich weiß nicht“) die Sowjetische Armee in der Frage, wer die Schlüsselrolle bei der Befreiung Europas im Zweiten Weltkrieg gespielt hatte. Wobei die Deutschen im Vergleich zu den anderen Ländern die Mehrheit derjenigen bilden, die diese Ansicht vertreten – 17 Prozent. Am seltensten gaben das die Franzosen an – nur acht Prozent, und 13 Prozent der Briten.
Je nach dem Land der Umfrage konnten von 19 bis zu 24 Prozent der Einwohner, diese Frage, wer die Schlüsselrolle bei der Befreiung Europas während des Zweiten Weltkriegs gespielt hatte, nicht beantworten. Nur zwei bis drei Prozent der Befragten in jedem Land meinten, dass die Schlüsselrolle bei der Befreiung Europas gewisse andere Streitkräfte gespielt hätten.
Die Umfrage wurde vom 20. März bis 9. April 2015 in Großbritannien, Frankreich und Deutschland durchgeführt. Befragt wurden 3000 Personen (je 1000 in jedem Land). Sie repräsentieren den Bevölkerungsdurchschnitt nach Geschlecht, Alter und Wohnort. Die statistische Fehlerquote liegt landesweit bei etwa +/-3,1 Prozent bei einer Konfidenzwahrscheinlichkeit von 95 Prozent.
Nach verschiedenen Einschätzungen hatte die Rote Armee fast 50 Prozent der Territorien der heutigen europäischen Staaten (der europäische Teil Russlands wurde nicht berücksichtigt) befreit und im Vergleich zu den Verbündeten viel mehr menschliche Verluste erlitten. Die Gesamtbevölkerung der von der Roten Armee befreiten Länder betrug mehr als 120 000 000 Menschen in sechzehn derzeit unabhängigen Ländern Europas. An der Befreiung weiterer sechs Länder nahm die Rote Armee zusammen mit den Verbündeten teil.
Das internationale Projekt zur Untersuchung der öffentlichen Meinung startete im Juli 2014. Partner wurde das bekannte britische Meinungsforschungsinstitut ICM Research. Im Rahmen des Projektes „Sputnik. Meinungen“ werden regelmäßig Umfragen der öffentlichen Meinung in den Ländern Europas und der USA zu den aktuellsten sozialen und politischen Fragen durchgeführt.

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30092/43/300924345.jpg

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden wurden insgesamt 24 Fälle von Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ festgestellt. Sechsmal wurden dabei Artilleriegeschütze verwendet“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.
Insbesondere wurden 3 Panzerbeschüsse und 13 mit Granatwerfern festgestellt. 5-mal eröffneten die ukrainischen Truppen das Feuer mit gepanzerter Militärtechnik, zweimal mit Abwehrgeschützen, 6-mal mit Antipanzerraketen, 6-mal mit anderen Arten von Schusswaffen.
Beschossen wurden Schirokino, Spartak, Shabitschewo, Sosnowskoje, Grigorowka, Sachanka, Golmowski sowie in Donezk das Oktjabrskaja-Bergwerk, das Gebiet des Volvo-Zentrums und der Flughafen.
Informationen über Verluste werden noch zusammengetragen.

Dan-news.info: „Heute morgen von 7:00 bis 8:50 wurde Nowaja Marjewka ein weiteres Mal mit Artillerie beschossen, es wurde ein Einwohner verletzt“, teilte der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.
Nach seinen Worten ist es nicht ausgeschlossen, dass die besondere Beobachtermission der OSZE heute diese Ortschaft inspiziert.
Im Ganzen ist nach den Worten des Vertreters des Verteidigungsministeriums der DVR die Lage an der Kontaktlinie „nicht wesentlich verändert, sie ist nach wie vor angespannt-stabil“.

Nachmittags:

Dan-news.info: In der Folge des Beschusses der Ansiedlung an der Eisenbahnstation Donezk-Sewernyj, Jasinowataja-Bezirk, von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde ein 68-jähriger Einwohner am Bein verletzt, teilte der Leiter der Stadtverwaltung von Jasinowatja Jurij Korsar mit.
Der Mann erkitt eine Splitterverletzung durch einen Granatbeschuss von Seiten der ukrainischen Truppen, als er in den Hof seines Hauses kam. Er befindet sich nun im Eisenbahnkrankenhaus von Jasinowata.
Der Bürgermeister von Jasinowata unterstrich, dass die gespannte Situation an der Frontlinie in seinem Bereich täglich zu beobachten ist.

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Dan-news.info: Seit Anfang April haben die ukrainischen Truppen „etwa 50 Anhänger der DVR festgenommen“, teilte heute die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mit.
„Alle werden der Spionage verdächtigt. Im Moment arbeiten wir bezüglich dieser Menschen. Uns ist bisher nicht genau bekannt, wo sie festgehalten werden“, sagte sie.

De.sputniknews.com: Die finnischen Behörden haben an die Behörden Polens ein Gesuch gerichtet, die Gründe zu erläutern, warum den russischen Bikern aus dem Motorrad-Club „Nachtwölfe“ die Einreise ins Land verweigert wurde, wie das Nachrichtenportal „Yle.fi“ berichtet.

De.sputniknews.com: Die polnischen Behörden haben den Soldatenfriedhof in Wroclaw (Breslau), welchen die Teilnehmer der Motorradfahrt zum 70. Jahrestag des Sieges besuchen wollten, abgeriegelt, wie Alexander Saldostanow, Präsident des russischen Biker-Clubs „Nachtwölfe“, am Dienstag in Brest (Weißrussland) Journalisten mitteilte.
Am Montag war der Motorradklub an der Grenze zu Polen abgewiesen worden. Zuvor hatte Warschau ihnen die Einreise offiziell verweigert. Die „Nachtwölfe“ erklärten darauf, dass sie nun die Staffel „an ihre polnischen Freunde“ weitergeben werden.
„Eben erst haben unsere polnischen Freunde angerufen und gesagt, dass sie unsere Route abfahren“, sagte Saldostanow.
„Sie wollten den Friedhof in Wroclaw besuchen, aber haben gesehen, dass der Friedhof von Truppen abgesperrt ist. Dort sind Panzerwagen stationiert“, präzisierte er.
Die „Nachtwölfe“ wollten vom 25. April bis 9. Mai mit einer Motorradtour an den Sieg der Sowjetunion über Hitler-Deutschland vor 70 Jahren erinnern und der Kriegsopfer gedenken. Die Reise begann am Samstag in Moskau und soll durch Minsk, Brest, Wroclaw, Brno (Brünn), Bratislava (Preßburg), Wien, München, Prag und Torgau führen und im Treptower Park in Berlin enden.

http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30210/73/302107366.jpg

Dan-news.info: „In der nächsten Zeit wird im Volkssowjet über ein Gesetz ‚Über Gewerkschaften und die Rechte und Garantien ihrer Tätigkeit’ abgestimmt, welches, so hoffe ich, alle Fragen lösen wird, die die Arbeit der Gewerkschaften betreffen“, teilte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin mit.
Nach den Worten des Politikers ist ein Schlüsselelement des Dokuments die Garantie der Unabhängigkeit in der Arbeit der Gewerkschaften. „Unbestritten sind die Gewerkschaften

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

eine Struktur, die einen maximalen Grad an Freiheit im Rahmen des Staates haben wird, weil wir nicht zu solchen Raubzuständen kommen wollen, wie die vorherige Staatsmacht. Die Verteidigung der Rechte und Interessen der arbeitenden Menschen hat für uns eine prinzipielle Bedeutung“, unterstrich der Vorsitzende des Volkssowjets.

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij nannte die Mitteilungen der ukrainischen Medien übers eine Festnahme oder Rücktritt „Fantasien“.
„Die ukrainischen Medien brauchen keine Fakten, ihnen reichen Fantasien vollständig, die sie versuchen als Realität auszugeben“, sagte Plotznikij als Kommentar zu am Vortrag in ukrainischen Medien erschienen Meldungen, dass er angeblich in Moskau festgenommen wurde oder zurückgetreten sei.
„Nichts davon, wovon die ukrainischen Propagandisten reden, hat etwas mit der Wirklichkeit gemein“, unterstrich er.
„Offensichtlich gibt es in der Ukraine nichts Positives mehr, über das die Propagandisten Poroschenkos schreiben könnten, es bleibt nichts als über meine Festnahme und Rücktritte zu fantasieren.“
„Ich befinde mich in Lugansk und erfülle meine Pflichten“, sagte das Republikoberhaupt.

Dan-news.info: Aufforderung Denis Puschilins an Donald Tusk wegen der Lieferung von Waffen aus der EU in die Ukraine
Am Montag, dem 27. April, fand in Kiew der 17. Ukraine-EU-Gipfel statt. Im Verlauf der Erörterung der Situation in den einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk haben Sie erklärt, dass die Entsendung eines Friedenstruppenkontigentents der EU in den Donbass und auch die Lieferung von Waffen in die Ukraine derzeit nicht möglich sind. Aber schon am nächsten Tag, am 28. April, hat der stellvertretende Leiter der Administration des Präsidenten der Ukraine Tschalyj eine Erklärung abgegeben, deren Aussage in der Existenz von militärischer Unterstützung und Waffenlieferungen in die Ukraine besteht.
Ich bitte Sie, eine Bewertung der gegebenen Situation abzugeben und die tatsächliche Position der EU zur Frage der Lieferung von Militärtechnik und Waffen in die Ukraine zu erklären.

De.sputniknews.com: Die US-Armee habe im Zweiten Weltkrieg entscheidende Rolle gespielt, meinen 43 Prozent der Befragten in Frankreich, Großbritannien und Deutschland laut einer neuen ICM Research- und Sputnik-Studie. Korrekter wäre es, bei der Umfrage auch zwischen den Deutschen zu unterscheiden, meint Eugen Neuber.
Rund 52 Prozent der Befragten in Deutschland sprechen, so die Umfrage, der US-Armee die Schlüsselrolle im Zweiten Weltkrieg zu. Eugen Neuber, Mitglied im Verein Berliner Freunde der Völker Russlands, warnt hier vor einer pauschalen Einordnung. „Man muss genau unterscheiden zwischen Deutschen in Ostdeutschland und den Deutschen in den Altbundesländern“, sagt Neuber im Interview für Marina Piminowa.
„Immerhin ist es so, dass nach offiziellen Erkundungen 64 Prozent der Deutschen in ganz Deutschland der Meinung sind, dass der 8. Mai ein Tag der Befreiung ist. Die Interpretation, dass die Landung der Alliierten an der Kanalküste die Befreiung Europas gebracht hat, ist nicht korrekt, es ist geschuldet der Betrachtungsweise des Kalten Kriegs. Es ist für alle, die tatsächlich an einer exakten Aufnahme der Geschichte interessiert sind, ohne Zweifel, dass erst von dem Moment der ersten Niederlage der faschistischen Truppen vor Moskau, der heroischen Schlacht bei Stalingrad, die die Wende gebracht hat, der Panzerschlacht bei Kursk an kann man sagen, dass Hitlerdeutschland auf dem Weg der Neiderlage war“, so der 76-Jährige.
Natürlich hatten auch die Lieferungen aus den USA ihren Anteil, aber den entscheidenden Beitrag für den Sieg über Hitlerdeutschland habe die Rote Armee gebracht. „Aber wir sind dankbar gegenüber all denen, die an der Zerschlagung des Faschismus teilgenommen

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

haben“, fügt er hinzu.
Es gebe eine Redewendung im Deutschen, so Neuber weiter, Fakten sind ein hartnäckig Ding: „Es gibt genügend Archivzeugnisse darüber, dass die entscheidenden Verluste der Wehrmacht an der Ostfront stattgefunden haben. Das sind einfach Fakten, die kann man nicht verleugnen. Wenn man das tut, dann ist es eine Fehlinterpretation. Man kann die Wahrheit auf die Dauer nicht verdunkeln.“
Die gegenwärtige politische Situation findet er dramatisch für beide Länder: „Ich bin der Meinung, dass die gegenwärtige Veränderung der Politik der EU gegen Russland und die sich daraus ergebenden Attacken der Medien nicht im Interesse der EU-Völker sind. Es ist auch nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft ist, wenn auf Geheiß anderer Seiten gegen Russland mit Sanktionen eingegangen wird“. Man könne Russland nicht mit Sanktionen erpressen, Russland könne man nur als Freund gewinnen.

http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30211/20/302112053.jpg

Dan-news.info: Die Kohleunternehmen der DVR haben im März und April 2015 ukrainischen Unternehmen mehr als 385.000 Tonnen Kohle geliefert, teilte heute der Transportminister der DVR mit....
Das Transportministerium teilt mit, dass Kohlelieferungen auf das Territorium der Ukraine in vier Richtungen erfolgen: in die Oblaste Charkow, Dnjepropetrowsk, Kirowograd und Odessa....
In die Oblaste Odessa und Kirowograd erfolgen derzeit keine Lieferungen, weil die ukranischen Truppen auf dem Streckenabschnitt Jelenowka-Jushnodonbasskaja Lokomotiven beschossen haben.
Der Produktionsdirektor des Bergwerks „Schachtjorskaja-Glubokaja“, der Bergmann Igor Orlow, erklärte, dass bei der Lieferung von Kohle für die Ukraine die Unternehmen der DVR mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu tun haben.
„Insbesondere schickt man uns eine ungenügende Anzahl leerer Waggons. Oft hält die ukranische Seite sie zurück, damit wir die Kohle nicht rechtzeitig liefern können. Ja, es gibt Probleme, aber bisher fahren wir fort mit ukrainischen Partnern zu arbeiten, entgegen den Erklärungen Kiews, dass sie aufhören Kohle bei Unternehmen zu kaufen, die auf „nicht kontrollierten“ Territorien liegen.“

Abends:

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

TASS: OSZE-Beobachter berichteten von einer dramatischen Verschlechterung der Lage in der Umgebung des Donezker Flughafens. Dies geht aus dem Tagesbericht der Beobachtergruppe vom 27. April hervor.
Im Tagesverlauf wurden „mehr als 550 Granateinschläge gezählt, von denen 90% aus 120-mm-Granatwerfern und schwerer Artillerie kamen.
Die Zahl der Verstöße in dem Bereich hat sich in den vergangenen Tagen ständig erhöht“, stellte die OSZE fest.
Zur gleichen Zeit habe es nach deren Angaben „in der Region Lugansk keine Zwischenfälle mit Waffen“ gegeben…

http://photocdn1.itar-tass.com/width/744_b12f2926/tass/m2/uploads/i/20150428/3999500.jpg

Ria.ru: Vertretungen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk wurden am Dienstag in Südossetien eröffnet, berichtet RIA Novosti unter Berifung auf das südossetische Außenministerium.
Südossetien hatte die Unabhängigkeit von DVR und LVR im Juni 2014 anerkannt. Nach Unterzeichnung der Dekrete über die Anerkennung der Republiken hatte Südossetiens Präsident das Außenministerium beauftragt, diplomatische Beziehungen zu ihnen aufzubauen. Im April 2015 wurden Vertretungen Südossetiens in LVR und DVR eröffnet.
„Heute wurden die Büros in der Republik Südossetien mit einer Einweihungszeremonie eröffnet. Beide Seiten zeigten sich zuversichtlich, dass die Öffnung der Vertretungen zur weiteren erfolgreichen Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen … beitragen werden“, berichtete der Pressedienst des Außenministeriums.

De.sputniknews.com/rusvesna.su: Nach einem schweren Waldbrand in der sogenannten Entfremdungszone um den explodierten Tschernobyl-Reaktor sind die Nationalgarde und die Innentruppen der Ukraine alarmiert worden. Das teilte Innenminister Arsen Awakow am Dienstag bei Facebook mit.
„Die Situation wird immer komplizierter, da sich die Flammen in Richtung des Atomkraftwerks Tschernobyl ausbreiten“, schrieb der Minister. Der Brand tobt jetzt auf einer Fläche von rund 400 Hektar etwa 20 Kilometer von den AKW-Objekten. Die Löscharbeiten werden durch starken Wind erschwert. Zudem verbreitet sich das Feuer mancherorts in Baumkronen. Im Einsatz sind 182 Feuerwehrleute und 34 Löschfahrzeuge sowie Hubschrauber und drei Löschflugzeuge.
Der ukrainische Premierminister Jazenjuk hat eine Notfallkommission gebildet, Einheiten der Nationalgarde und des Innenministeriums wurden alarmiert.

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

„Wir arbeiten. Wir wissen um unsere Verantwortung und unterschätzen das Risiko nicht!“, erklärte Awakow.

http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/pozhar_13.jpg

Nutzungshinweis:
Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.